

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch**Protokoll****Stadtrat von Thun****Sitzung 03/2014 vom 27. März 2014, 17:00 Uhr, Rathaus Thun**

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Ryser
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Susanna Ernst, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Dominique Kröpfli

Entschuldigt

Stadtrat Philipp Deriaz

Schluss der Sitzung

19:05 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Sie begrüsst das neue Ratsmitglied Daniela Huber Notter (BDP) und wünscht Ihr viel Erfolg und Freude für die Arbeit im Stadtrat.

19. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 13. Februar 2014.

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

20. Stadträtliche Kommission

Ersatzwahl SAKO Bau + Liegenschaften anstelle von Suzanne Albrecht (Grüne)

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schlägt als Nachfolger von Suzanne Albrecht (Grüne) für die SAKO B+L Stadtrat Peter Stutz (Grüne) vor. Für die SAKO BiSK schlägt sie, als Nachfolge von Peter Stutz, Stadtrat Beat Grimm (Grüne) zur Wahl vor.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Direktion Bau und Liegenschaften, beschliesst:

- a) In die Sachkommission B+L wird als Mitglied anstelle von Suzanne Albrecht Wyss (Grüne) per 1. April 2014 gewählt: Peter Stutz (Grüne)
- b) In die Sachkommission BiSK wird als Mitglied anstelle von Peter Stutz (Grüne) per 1. April 2014 gewählt: Beat Grimm (Grüne)

21. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme vom Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 03/2014

Claude Schlapbach, **SAKO P+F**, ist erfreut, dass es im Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten keine besonderen Ereignisse gegeben hat. Die SAKO P+F nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis und empfiehlt ebenso dem Stadtrat die Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt den Bericht stillschweigend zur Kenntnis und genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 31. Januar 2014, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

22. Thuner Stadtgeschichte des 19./20. Jahrhunderts

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 220'000 Franken für einen Investitionsbeitrag an den Verein Thuner Stadtgeschichte

Bericht des Gemeinderates Nr. 04/2014

Stadtpräsident Raphael Lanz, weist darauf hin, dass die Aufarbeitung der Thuner Stadtgeschichte eine freiwillige Aufgabe ist. Zurzeit gibt es keine aktuelle systematische Version der Thuner Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Er ist überzeugt, dass eine Stadtgeschichte die Verbundenheit zur Stadt fördert. Eine Stadtgeschichte kann auch ein Standortfaktor sein, wie das ein Radiobeitrag über die Winterthurer Stadtgeschichte zeigt. Das 750-Jahr-Jubiläum ist eine gute Gelegenheit für die Stadt Thun, dieses Projekt in Angriff zu nehmen. Eine motivierte Projektgruppe mit anerkannten Historikern und Historikerinnen, ein Beirat und ein Verein sind für die Durchführung und Unterstützung des Projekts bereits vorhanden. Das Projekt wird sich in etwa auf eine halbe Million Franken belaufen. Das ist ein hoher Betrag. Ein Städtevergleich in der Schweiz zeigt, dass die finanzielle Beteiligung im Durchschnitt bei 300'000 Franken liegt, die Stadt Thun liegt somit mit einem Betrag von 220'000 Franken im unteren Bereich. Es ist ein einmaliges Projekt, das aus Sicht des Gemeinderats der Stadt Thun sehr viel Mehrwert bringen kann.

Claude Schlapbach, **SAKO P+F**, ergänzt folgende Punkte: Der Verein wurde am 21.3.2014, mit Bruno Huwyler als Präsident, gegründet. Die Stadtgeschichte wird sich nicht nur mit dem 19. und 20. Jahrhundert befassen, sondern auch mit der aktuellen Geschichte des 21. Jahrhunderts. Die finanzielle Unterstützung durch den Kanton mit ca. 12'000 Franken wurde im Vorfeld abgeklärt und die SAKO P+F sieht der Kreditzusicherung positiv entgegen. Falls der Kantonsbeitrag nicht gesprochen wird, müsste der Verein das Projekt neu überdenken. Unterschiedliche Modelle werden ausgearbeitet und die definitive Höhe der Auflage wird noch bestimmt. Die SAKO P+F stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, unterstützt die Erarbeitung der Thuner Stadtgeschichte und somit der Kreditzustimmung. Es ist ein wertvolles Projekt für die Stadt. Falls der Kantonsbeitrag nur teilweise oder gar nicht gesprochen wird, wird der Verein aufgefordert, nach weiteren Sponsorenbeiträgen zu suchen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, begrüsst das Projekt einer Thuner Stadtgeschichte. Der Blick zurück in die Geschichte kann für heutige und zukünftige Entscheidungen sehr hilfreich sein. Die Fraktion erhofft sich durch die Aufarbeitung der Thuner Stadtgeschichte wertvolle Impulse für das Zusammenleben und das Interesse der heutigen Bevölkerung von Thun und freut sich auf eine spannende Lektüre. Das geplante Budget ist jedoch sehr grosszügig berechnet. Vor allem die geplanten Beträge für Marketing und Internetauftritt sind mit sehr viel Reserve budgetiert. Die Arbeiten sollten aber erst nach einer abgesicherten Gesamtfinanzierung beginnen und innerhalb des vorgesehenen Budgets abgeschlossen werden. Für Nachkredite werden schlechte Chancen gesehen. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und wünscht dem Verein viel Erfolg bei der Umsetzung.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, stimmt dem Kredit zu. Wissen über die Geschichte gibt Bodenhaftung und unterstützt die Identitätsbildung. Es gibt durchaus auch politisches Interesse an einer aktuellen Stadtgeschichte. Beispielsweise beim Kauf der Schadaugärtnerei konnten nicht alle historischen Zusammenhänge erklärt werden. Das Stadt- und Burger-Archiv sind durchaus sehr wertvoll, die Recherchen aber sehr zeitaufwändig. Zudem sind nicht alle Dokumente frei zugänglich. Wichtig sind noch lebende Zeitzeugen als Akteure der Geschichte und als Historiker. Die Fraktion legt Wert darauf, dass neben der gedruckten Version auch eine digitale Ausgabe erarbeitet wird. Mit geringen Mehrkosten kann dadurch ein sehr grosser Mehrnutzen erreicht werden.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass für die Entwicklung von Visionen fundierte Kenntnisse der Gegenwart und der Vergangenheit notwendig sind. Die SP-Fraktion unterstützt das Projekt Thuner Stadtgeschichte einstimmig. Ein gutes Konzept ist vorhanden und motivierte Fachleute sind im Projekt involviert. Ideen und Vorschläge können an die Projektgruppe weitergeleitet werden. Städtische Mitarbeiter, die im Projekt eingebunden sind, können während der Arbeitszeit keine weiteren Honorare beziehen. Es ist schade, dass dieser Beschluss nicht bereits vor vier Jahren gefällt worden ist. Somit wäre das Buch jetzt zum Jubiläum vorhanden. Es besteht jetzt die Möglichkeit, die richtige Entscheidung zu fällen und hofft aus diesem Grund auf eine grosse Zustimmung für das Projekt.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, findet es schade, dass nicht bereits vor 4 Jahren der Anstoss für eine Thuner Stadtgeschichte gemacht worden ist. Es ist unbestritten, dass Thun grundsätzlich eine aktuelle Stadtgeschichte braucht. Im Grundsatz stellt sich aber die Frage nach der Form und dem Zeitpunkt. Die Meinung zum Projekt ist in der Fraktion gespalten. Aus diesem Grund sprechen zwei Fraktionsmitglieder

zu diesem Traktandum. Die Minderheit der Fraktion stimmt dem Projekt zu. Es ist eine einmalige Chance, die Stadtgeschichte zum 750-Jahr-Jubiläum aufzuarbeiten, wie auch die gesellschaftliche Entwicklung der Stadt Thun an eine grosse Bevölkerungsgruppe und zukünftigen Generationen weiterzugeben und näherzubringen. Das schafft Verständnis für die eigenen Wurzeln. Gerade die SVP-Fraktion steht besonders für Wurzeln, Rückbesinnung und Traditionen. Schön wäre es auch, wenn ein solches Werk zur Identitätsstiftung der Bewohner der Stadt beitragen kann. Finanzpolitische Argumente sind aus diesem Grund nicht zielführend. Sie stehen nicht im Verhältnis zur Einmaligkeit, zur Bedeutung und zum Mehrwert einer Stadtgeschichte. Es ist eine herausfordernde Aufgabe, die Geschichte zu entstauben und einer breiten Bevölkerung zugänglich zu machen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Berner Stadtgeschichte. Die Befürworter der Fraktion sind überzeugt, dass es sehr spannende gesellschaftspolitische Fakten in der Vergangenheit gibt, die die Verbundenheit zur Stadt fördern können.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist sich bewusst, dass das Bedürfnis für eine aktuelle Thuner Stadtgeschichte vorhanden und ausgewiesen ist. Gewünscht wird ein attraktives und einmaliges Produkt, welches hoffentlich auch bisher unbekannte Seiten von Thun zutage fördert. Das Buch sollte das Zeug zum Bestseller haben. Keinesfalls ist ein Ladenhüter zu produzieren, welchen man Generationen von abtretenden Stadträten zum Abschied schenken kann. Die Mehrheit der Fraktion stimmt dem Kredit zu.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Diskussion im Stadtrat. Erfreulich ist, dass es sich um eine einmalige und nicht um eine wiederkehrende Investition handelt. Die Mehrheit der Fraktion hinterfragt das effektive Bedürfnis einer Thuner Stadtgeschichte. Der Betrag aus der Stadtkasse ist zu hoch und unverhältnismässig. Das Fundraising sollte deutlich höher sein. Die Suche nach geeigneten Sponsoren ist im Jubiläumsjahr etwas schwieriger, da auch viele andere Projekte am Laufen sind. Somit stellt sich die Frage, weshalb das Projekt nicht um zwei Jahre verschoben wird. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass der budgetierte Sponsoring-Betrag von 80'000 Franken nicht zustande kommen wird und somit wäre der Betrag für die Stadt Thun noch höher.

Stadträsident Raphael Lanz, bedankt sich für die gute Aufnahme im Stadtrat. Der Gemeinderat nimmt die Anregungen gerne auf. Das Ziel ist ein attraktives Produkt für die breite Öffentlichkeit.

Der Rat genehmigt mit 32:6 Stimmen, bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 28. Februar 2014, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 220'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 565/1212.008.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1179.10.01), für einen Investitionsbeitrag an den Verein Thuner Stadtgeschichte zur Herausgabe einer Thuner Stadtgeschichte des 19./20. Jahrhunderts.
2. Die Bewilligung des Verpflichtungskredites gemäss Ziffer 1 erfolgt unter dem Vorbehalt, dass sich der Kanton Bern über die kantonale Kulturförderung ebenfalls mit einem massgeblichen Beitrag in vergleichbarer Höhe an diesem Projekt beteiligt.

23. Gemeindeinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Thun (Städte-Initiative Thun)

Verlängerung der Behandlungsfrist

Bericht des Gemeinderates Nr. 05/2014

Gemeinderätin Marianne Dumermuth, weist auf das wichtige Thema Verkehr hin, ein Thema das die gesamte Bevölkerung betrifft. Es braucht tragfähige, fundierte Lösungen und dafür braucht es Zeit. Es ist

ein Prozess, indem auch Gegenvorschläge erarbeitet werden können und mit Akteuren das Gespräch gesucht wird. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten zeigt, dass viele Städte einen Gegenvorschlag in einem Zeitrahmen von 15 bis 35 Monaten erarbeitet haben. Der Gemeinderat beantragt eine Fristverlängerung der Gemeindeinitiative um 6 Monate, damit eine gute Lösung erarbeitet werden kann.

Franz Schori, **SAKO StE**, begrüsst die ausführliche Prüfung durch den Gemeinderat. Die Begründung ist nachvollziehbar. Aus diesem Grund stimmt die SAKO StE einstimmig der Verlängerung um 6 Monate zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, betont das Bedürfnis nach einer umweltgerechten Mobilität für die Thuner Bevölkerung. Es braucht neue Verkehrslösungen für einen flüssigeren Verkehr. Der Gemeinderat beantragt eine maximale Fristverlängerung von 6 Monaten für eine Prüfung der Initiative. Wenn das Ziel der Fristverlängerung, eine tragfähige Lösung für die Initiative zu finden ist, kann die Fraktion Grüne den Vorschlag unterstützen. Zwei Gründe sprechen aber gegen eine Verlängerung von 6 Monaten. Durch eine Verlängerung von 6 Monaten findet die Behandlung des Geschäfts im Stadtrat erst im neuen Jahr und somit in der neuen Legislatur statt. Zum anderen wird eine Verlängerung von 4 Monaten als ausreichend angesehen. Die Fraktion Grüne beantragt eine Fristverlängerung um 4 Monate. Somit wäre eine Behandlung des Geschäfts noch in dieser Legislatur möglich und wird spätestens im Dezember im Stadtrat behandelt.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, unterstützt den Antrag von einer Fristverlängerung um 4 Monate. Die Fraktion ist mit einem Stadtratsmitglied und mit drei der vier Parteien im Komitee vertreten. Die Fraktion wünscht sich aus diesem Grund eine Behandlung des Geschäfts in dieser Legislatur.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, unterstützt den Antrag der Fraktion Grüne, von einer Fristverlängerung um 4 anstelle von 6 Monaten. Es ist eine Kompromisslösung zwischen dem Gemeinderat und den Initianten. Somit erhält der Gemeinderat genügend Zeit für die Erarbeitung von tragfähigen Vorschlägen. Zugleich wird das Geschäft nicht auf die lange Bank geschoben und kann vom Stadtrat noch in dieser Legislatur bearbeitet werden.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass eine Fristverlängerung um 6 Monate, die Behandlung des Geschäfts in die neue Legislaturperiode verschiebt. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion eine Verlängerung von 6 Monaten ab, unterstützt aber den Gegenvorschlag von einer Fristverlängerung um 4 Monate. Somit bleibt dem Gemeinderat genügend Zeit, ein vernünftiger und seriöser Gegenvorschlag zu erarbeiten.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, betont die Wichtigkeit und Zeitintensität des Geschäfts. Die Fraktion anerkennt die Gründe für eine Fristverlängerung. Im Gegenzug wird ein breit abgestützter und praktikabler Gegenvorschlag erwartet.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth folgt den Argumenten des Stadtrates. Der Gemeinderat zieht den Antrag von einer Fristverlängerung um 6 Monaten zurück und unterstützt die Fristverlängerung um 4 Monate.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt ; BauF Artikel 25 Absatz 3 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 6. März 2014, beschliesst:

1. Die Fristen gemäss Artikel 25 Absätze 1 und 2 StV für die Gemeindeinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Thun (Städte-Initiative Thun) werden um vier Monate verlängert.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

24. Postulat P 10/2013 betreffend Angebot und Nachfrage Kitaplätze in Thun

Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 19. September 2013; Beantwortung

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, freut sich über die Empfehlung, das Postulat anzunehmen und Kitaplätze in Thun zu fördern. Es ist nicht das Ziel, dass nur die Stadt das Angebot erweitert. Das Angebot sollte auch durch Private erweitert werden. Es braucht einen Ausbau bei subventionierten, wie auch bei nicht subventionierten Plätzen. Abklärungen bezüglich Wartezeiten und Wartelisten werden nochmals durchgeführt. Die Zielsetzung der Stadt ist seit Jahren eine maximale Wartezeit von 3 Monaten für einen Kitaplatz. Dieses Ziel wurde bisher nie erreicht. Es wurden einerseits keine Massnahmen für eine Verbesserung der Situation durch die entsprechende SAKO oder durch den Gemeinderat ergriffen, andererseits wurde aber auch das Jahresziel nie entsprechend angepasst. Somit wird der Sinn dieser Jahresziele in Frage gestellt. Stadträtin Rupp fordert die Ratsmitglieder auf, in Zukunft die Ziele genauer und differenzierter zu behandeln. Sie bedankt sich für die positive Aufnahme durch den Gemeinderat.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, weist auf die vielfältigen Gründe für eine Erhöhung der Kitaplätze in Thun hin. Es gibt eine steigende Anzahl von alleinerziehenden Müttern und Familien, die auf zwei Einkommen angewiesen sind. Gemäss dem Bundesamt für Statistik arbeiten fast 50% der Mütter mit Kindern unter 7 Jahren Teilzeit. Jede vierte Mutter arbeitet Vollzeit. Die Tendenzen sind klar steigend. Auch Väter möchten für ihre Kinder mehr Verantwortung wahrnehmen. Die Wirtschaft ist zudem auf gut ausgebildete Frauen und Mütter angewiesen. Gemäss dem Sozialdepartement Zürich erbringt jeder in die Kita investierte Franken, 3 bis 4 Franken Mehrwert der Gesellschaft zurück. Durch Kitas erhalten die Eltern die Möglichkeit, sich nur kurz vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Daraus resultieren längerfristig ein höheres Einkommen und somit auch höhere Steuereinnahmen. Weniger Familien sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Stadt Thun muss ein Interesse an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten haben, private Plätze alleine sind nicht die Lösung. Die Fraktion Grüne unterstützt das Postulat. Die Fraktion erhofft sich durch die Massnahmen, die Attraktivität der Stadt weiter zu fördern.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, bestätigt die Notwendigkeit von genügend Kitaplätzen in der Stadt Thun. Nur so ist Thun eine moderne Stadt mit einer guten, zeitgemässen Familien- und Ausbildungsinfrastruktur. Dazu gehören auch Kitas. Der Gemeinderat wird aufgefordert, nicht nur die subventionierten Kitaplätze zu prüfen. Die Fraktion überweist das Postulat einstimmig.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, hätte sich eine umfassendere Betrachtung der Situation durch den Gemeinderat gewünscht. Er freut sich aber über die positive Aufnahme des Postulats und fordert eine Analyse der gesamten Situation, auch der nicht subventionierten Kitas. Der Bedarf der Kitaplätze wird in Zukunft steigen. Die Frage stellt sich deshalb, ob die Stadt Thun eine Trägerschaft gründen und diese Aufgabe in Zukunft übernehmen sollte. Die Stadt wäre dann aber eine Konkurrenz zum bereits bestehenden privaten Angebot und das erachtet die FdM aus liberalen Gedanken nicht als zielführend. Der Aufbau von neuen Kitas ist sehr aufwändig. Es braucht Anreize und gute Rahmenbedingungen für neue Kitas, eine finanzielle Unterstützung einzelner Anbieter wird aber abgelehnt. Es liegt in der Eigenverantwortung der Erziehungsberechtigten, für die Erziehung und Betreuung der Kinder zu sorgen. Aus diesem Grund wird keine finanzielle Unterstützung einzelner Anbieter angestrebt. Für die Angebotsvielfalt (vor allem für Personen, die auf eine externe Betreuung angewiesen sind) ist aber eine Unterstützung durch die öffentliche Hand wünschenswert. In Zukunft sollten Familien und nicht Kitaplätze unterstützt werden. Eine sinnvolle Lösung sind Betreuungsgutscheine wie dies die Stadt Bern einsetzt. Die Fraktion unterstützt das Postulat und wünscht sich zeigemässe Vorschläge für die Stadt Thun.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, weist auf das Bedürfnis, Familie und Beruf vereinen zu können, hin. Es gibt viele Facts, Ideen und Wünsche zu Gestaltungsmöglichkeiten von Familienbetreuungsangeboten. Mit dem Prüfungsauftrag sollte die gesamte Situation in Thun analysiert werden, dazu gehören subventionierte wie auch nicht subventionierte Plätze. Dies sollte als solide Grundlage für weitere Entscheidungen und Lösungsvorschläge dienen. Die Fraktion setzt sich für familienunterstützende Modelle, wie auch für

Kitaplätze, ein. Die Fraktion überweist das Postulat und freut sich auf kreative und innovative Lösungsvorschläge.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, ist grundsätzlich der Auffassung, dass die Kinderbetreuung Sache der Eltern ist. Es ist nicht ein Votum gegen Kitas, sondern ein Votum für die finanzielle Selbstverantwortung der Eltern. Es liegt in der Entscheidung der Eltern, wie die Kinderbetreuung organisiert wird, sei es durch die Eltern selbst, durch Verwandte oder durch eine Kita. Das Angebot an preiswerten Kitaplätzen ist notwendig und wird unterstützt. Eine gut ausgebaute Kitainfrastruktur ist ein Standortvorteil für die Stadt. Der Überprüfungsauftrag sollte das gesamte Angebot in Thun umfassen, dazu gehören subventionierte wie auch nicht subventionierte Kitaplätze. Interessant sind die aktuellen Wartezeiten und Wartelisten und mögliche Alternativlösungen bei zu langen Wartezeiten. Die eigene finanzielle Verantwortung muss in diesem Bereich gestärkt werden. Ist das familiäre Einkommen beispielsweise 6'000 Franken (8'000 Franken), kostet die Kita für eine 50% Betreuungszeit 267.10 Franken (682.15 Franken). Es ist nicht das Ziel, eine Quersubventionierung für mittelständische Familien zu machen. Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat mit den genannten Vorbehalten bezüglich der Erhöhung der finanziellen Eigenverantwortung.

Gemeinderat Peter Siegenthaler, dankt für die gute Aufnahme des Berichtes. Die Anmerkungen werden vom Gemeinderat aufgenommen. Das Ziel ist eine Analyse der Gesamtsituation, der subventionierten wie auch der nicht subventionierten Kitaplätze. Er wendet sich an Stadträtin Rupp (SP) bezüglich der Kritik der nicht eingehaltenen Jahresziele. Auch Stadträte können im Rahmen der Diskussion über den Jahresbericht ihre Anliegen äussern. Die Verantwortung liegt diesbezüglich nicht nur bei den SAKO's und dem Gemeinderat, sondern auch bei allen einzelnen Stadtratsmitgliedern.

Der Rat überweist das Postulat mit 39 zu 0 Stimmen.

25. Postulat P 13/2013 betreffend Austritt der Stadt Thun aus der SKOS

Lanzrein Lukas (SVP), Schlatter Carlo (SVP) und Mitunterzeichnende vom 21. November 2013; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, sieht das Postulat als erfüllt und ist mit der Abschreibung einverstanden. Die Motivation für das Postulat ist keine Grundsatzdiskussion über Sozialhilfe oder Mindestlöhne. Grund für das Postulat ist die Organisationsform der SKOS. Die SKOS setzt sich aus verantwortlichen Regierungsräten, Gemeindevertretern, Fachleuten, Sozialarbeitern und Funktionären zusammen. Die Sozialhilfebeiträge werden in Form von Tarifen von der SKOS festgelegt. Der Kanton Bern erklärt die SKOS Richtlinien in der Sozialhilfeverordnung des Regierungsrates (Artikel 8) als allgemeinverbindlich. Somit werden von Experten und Funktionären unjuristische Richtlinien erarbeitet, welche zum Gesetz werden. Die Richtlinien sind die Grundlage, wie die Sozialhilfebeiträge verteilt werden. Herr Lanzrein weist darauf hin, dass das Verfahren wie bei der AHV aufgebaut werden muss. Es handelt sich um politische Entscheidungen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Höhe der Beiträge auch von der Politik definiert wird. Weiter fehlt es an der demokratischen Legitimation. Die SKOS ist zwar breitfächerig zusammengesetzt, ist aber kein parlamentarisches Gremium, obwohl parlamentarische Aufgaben bearbeitet werden und Steuergelder für die Finanzierung verwendet werden. Auch die fehlende Gemeindeautonomie wird kritisiert. Die Gemeinden haben einen geringfügigen Spielraum bei der Umsetzung der Richtlinien. Die Höhe der Sozialhilfebeiträge sollten dort festgelegt werden, wo sie anfallen. Somit können regionale Unterschiede und unterschiedliche Preisniveaus berücksichtigt werden. Stadtrat Lanzrein verweist auf den Vorfall in der Gemeinde Berikon (Aargau), wobei durch einen Bundesgerichtsentscheid eine Kürzung der Sozialhilfegelder abgelehnt wurde. Solche Fälle weisen auf mangelnde Gemeindeautonomie und Flexibilität bei der Anwendung der SKOS Richtlinien hin. Die Fraktion befürwortet einen Austritt aus der SKOS und beantragt eine Annahme des Postulats.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Dem Gemeinderat ist damit gelungen, Vorurteile gegenüber der SKOS abzubauen. Die Anwendung der Richtlinien führt nicht zwangsmässig zu höheren Ausgaben. Kein System ist fehlerlos und es braucht wirkungsvolle Prüfungsmechanismen. Die SKOS Richtlinien wurden nicht undemokratisch oder mit mangelnder Kompetenz erstellt. Die Stadt Thun kann von einem sinnvollen Netzwerk profitieren. Ein Austritt aus der SKOS und somit eine

Isolation, ist in dieser Situation nachteilig. Regierungen werden in der Schweiz, ausser dem Bundesrat, immer vom Volk gewählt und somit ist es absolut demokratisch legitimiert, Verordnungen in diesem Rahmen zu erlassen. Die Fraktion überweist das Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung einstimmig.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, fragt nach dem effektiven Ziel oder nach der effektiven Motivation des Vorstosses. Er geht von einer Optimierung der Sozialhilfeleistungen aus. Es ist jedoch nicht die Lösung, den Austritt aus der SKOS als Druckmittel zu verwenden. Gewünschte Änderungen oder Kritik an der SKOS können auf kantonaler und nationaler Ebene eingebracht werden. Der Gemeinderat ist somit das falsche Gremium dafür. Ein Austritt aus der SKOS fördert den Sozialhilfetourismus und verhindert den Zugang zu fachlichen Arbeitsgruppen und Arbeitsmaterial. Weiter würde die eigene Erarbeitung der Grundlagen einen Mehraufwand bedeuten und einen Mangel an Objektivität und geringes Sparpotential zur Folge haben. Der Austritt aus der SKOS ist eine Reaktion auf einen statistischen Ausreisser und somit der Situation nicht angemessen. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion auf ein heikles Thema hingewiesen und zur Diskussion angeregt hat. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und überweisen. Die Idee des Vorstosses war nicht verständlich. Eine Optimierung der Sozialhilfebeiträge wird durchaus unterstützt. Unverständlich war aber das neue Modell, das die SVP-Fraktion als Ersatz für die SKOS vers schlägt. Ein konkretes Beispiel für die Organisation der Sozialhilfe ohne SKOS wäre dabei hilfreich gewesen. Der Sozialhilfemissbrauch bereitet Sorgen und ist sicher nicht duldsam. Laut den Medien nehmen Missbrauchsfälle zu. Tatsache ist aber auch, dass jedes Unterstützungsmodell Fehler hat, die ausgenutzt werden können. Dieses Problem wird durch das neue Modell nicht gelöst. Die Stadt Thun müsste in städteübergreifenden Gremien ein Mitspracherecht haben. Nur mit einer Mitsprachemöglichkeit, können Verbesserungsvorschläge eingebracht werden. Er bedankt sich beim Gemeinderat für die umfassende und differenzierte Antwort. Als sehr positiv gewertet wird, dass in der Stadt Thun bisher keine Fälle über Missbrauch der Sozialhilfe bekannt sind. Die Fraktion hat grosses Vertrauen in die Verantwortlichen der Stadt Thun. Damit das Kosten-Nutzen Verhältnis verbessert werden kann, müsste über einen Ausbau der Stellenprozente bei den Sozialarbeitern diskutiert werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, ist zufrieden mit den Antworten des Gemeinderates. Ein Austritt aus der SKOS ist nicht sinnvoll. Die SKOS-Richtlinien entstehen durch eine Kommission mit 22 Personen aus Kanton, Bund und Gemeinden, aus Politikern und Fachleuten. Es handelt sich um eine breitabgestützte Kommission. Die Frage stellt sich nach besseren Alternativen zu den SKOS Richtlinien. Hier wäre die Möglichkeit ein Bundesrahmengesetz zu schaffen, wie beispielsweise bei der IV. Eine Einzelperson erhält bei der Sozialhilfe einen Betrag von 977 Franken plus Krankenkasse und Miete. Das betriebsrechtliche Existenzminimum liegt bei 1'200 Franken. Stadtrat Catani verweist auf den Fall der Gemeinde Berikon. Der Grund für den negativen Bundesgerichtsentscheid für die Gemeinde waren die massiven Mängel im Verfahren durch die Gemeinde. Durch die Kürzung oder Streichung von Integrationszulagen können Gemeinden sehr gut auf Missbrauchsfälle reagieren. Zudem besteht die Möglichkeit, bei Verdacht auf Missbrauch, eine Kontrolle durch das Revisorat vorzunehmen, welches die Stadt schon seit 1990 kennt. Für die SP-Fraktion sind die SKOS-Richtlinien notwendig und werden in der Stadt Thun richtig angewendet. Das Postulat ist unnötig und wird abgelehnt.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, kritisiert den Vorstoss der SVP-Fraktion, welcher identisch ist mit vielen SVP-Vorstössen in anderen Gemeinden und Städten in der Schweiz und damit Teil einer Kampagne gegen die SKOS bildet. In der Stadt Thun besteht kein aktuelles Problem in der Sozialhilfe und der Verteilung der Sozialhilfebeträge. Die vorgeschlagene Lösung oder Alternative der SVP ist untauglich und nicht umsetzbar. Die SKOS-Richtlinien sind absolut notwendig und sinnvoll. Es handelt sich um Richtlinien, um eine Spannbreite, in der die Gemeinden ihre Beiträge fallbezogen und individuell festlegen können. Mitglied der SKOS sind, bis auf vier Gemeinden, alle Schweizer Gemeinden, wodurch die politische und demokratische Legitimität vorhanden ist. Ein Austritt aus der SKOS ist nicht die Lösung des Problems. Anliegen und Änderungsvorschläge können intern im Verein eingebracht werden. Der Vorstoss ist klar wahlpolitisch motiviert und wird aus diesem Grund von der Fraktion zurückgewiesen und abgeschrieben.

Gemeinderat Peter Siegenthaler, ist erfreut über die gesittete Diskussion im Stadtrat. Es ist legitim, Diskussionen über heikle Themen in der Politik zu fördern und auch Wahlkampf zu betreiben. Der Nationalrat hat am 10. März im Rahmen eines Postulats den Bundesrat dazu aufgefordert, ein Bundesrahmengesetz zu prüfen. Zudem steigen die Sozialhilfekosten in der Stadt Thun nicht. Der Fall der Gemeinde Berikon ist auf Grund von Verfahrensmängeln vor Bundesgericht abgelehnt worden. Jedes unterstützende System, ausser der AHV, lädt zu einem bestimmten Missbrauch ein. Mit einem Revisorat und einem Inspektorat wird versucht, den Missbrauchsfällen entgegen zu treten. Die SKOS ist eine grosse Errungenschaft, die den Sozialhilfetourismus zu einem grossen Teil verhindern kann.

Der Rat nimmt das Postulat mit 23 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

Der Rat schreibt das Postulat mit 39 zu 0 Stimmen ab.

26. Interpellation I 19/2013 betreffend Mindestlöhne

SP-Fraktion vom 21. November 2013; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, findet es legitim, nationale Themen auch auf lokaler Ebene zu diskutieren. Das kann durchaus die Meinungsbildung fördern. Die Stadträtin Rupp vergleicht die Antworten des Gemeinderates mit der Kindersendung Spielhaus, resp. Franz und René. Die Haltung der SECO ist nur eine von weiteren möglichen Antworten und Meinungen zum Thema Mindestlohn. Ein Gegenbeispiel wäre Heiner Flassbeck, deutscher Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Chef-Ökonom der UNO. Nach ihm besteht kein erwiesener Zusammenhang zwischen einer Einführung von Mindestlöhnen und dem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat die Fragen nicht beantworten kann. Die Frage stellt sich aber, weshalb bei der Steuerklärung der Beschäftigungsgrad ausgefüllt werden muss und auf welcher Basis Sozialhilfebeiträge entschieden werden. Bei der Frage 7 hätte die SP-Fraktion ein stärkeres Bekenntnis des Gemeinderates erwartet. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, sollte die Stadt auch auf anständige Löhne der Angestellten achten. Bei der Diskussion über einen Mindestlohn geht es um Werte, Moral und Ethik. Erstaunt ist die Fraktion über die Argumentation der Gegner der Initiative, dass sich der Staat nicht in die Wirtschaft einmischen sollte. Gleichzeitig unterstützt der Staat Menschen mit zu geringen Einkommen mit Ergänzungsleistungen und subventioniert somit auch indirekt die Wirtschaft.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, vermisst das Votum von Stadtrat Hildpold. Es geht auch hier um Wahlkampf.

Stadtpräsident Raphael Lanz, hätte sich in keinem Fall dafür, einen Vorstoss des Stadtrates mit einer Kindersendung zu vergleichen. Der Stadtrat darf selbstverständlich Antworten des Gemeinderates mit einer Kindersendung vergleichen. Ein konkretes Problem in Thun, zum Thema Mindestlohn, ist nicht bekannt.

27. Interpellation I 18/2013 betreffend kantonales Gemeindeumwelt-Rating

Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2013; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat, dass die Stadt Thun sich beim Umweltrating des VCS und WWF beteiligt hat. Ratings sind in Mode und werden von unterschiedlichen Organisationen als Druckmittel wie auch für die eigene Profilierung verwendet. Es ist erfreulich, dass sich die Stadt Thun

im Vergleich zum letzten Umweltrating im Jahr 2009 um 3 Plätze verbessert hat. Die Stadt sollte sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Dafür zweifelt der Gemeinderat die Aussagekraft des Ratings an und verweist auf andere Instrumente. Die Stadt muss aktiv Massnahmen ergreifen. Eine gute Umweltpolitik hat positive Effekte auf das Stadtmarketing und die Standorteigenschaften. Die Stadt Thun hat zurzeit keine aktuelle Gebäudeenergiestrategie. Die Gebäudestrategie vom Jahr 2010 könnte aktualisiert und konsequenter umgesetzt werden. Ein gutes Beispiel ist Velospot, Vermietung von Fahrrädern, und der Ausbau von Fahrradwegen für die Förderung des Langsamverkehrs. Er ist überzeugt, dass es weitere gute Projekte in Thun geben könnte und diese aktiv gefördert werden müssten. Er fordert eine aktivere Umsetzung. Weiter gibt es in Thun keine Landschafts- und Naturschutzstelle, welche zugleich auch die Stellvertretung für eine Umweltberatung einnehmen könnte. Ein Beispiel dafür ist Baden (Kanton Aargau) mit einer Umweltberatung für Bodenbesitzer/innen für naturnahe Grünflächen. Bei erfolgreicher Umsetzung organisiert die Stadt eine sogenannte Igelparty. Der/die Bodenbesitzer/in kann 10 weitere Bodenbesitzer/in einladen. Eine Fachperson informiert an der Igelparty über das umgesetzte Projekt und über weitere Beratungsmöglichkeiten. Eine gute Chance bietet auch die anstehende Zonenplanrevision. Er hofft, dass der Gemeinderat diese Chance nutzt und sich in Zukunft vermehrt um Energie-, Mobilität und weitere Umweltthemen widmet und Thun dadurch zu einer noch lebenswerteren Stadt wird.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, weist auf die Flut von Bewertungs- und Ratingverfahren hin. Es ist schwierig, die Resultate richtig einzustufen. Das Energiestadt Label ist ein wichtiges Rating das von Fachleuten geführt wird. Das Rating des VCS und WWF wird kritisch hinterfragt, da Kriterienfragen von 2009 und 2012 nicht übereinstimmen. Das Rating zeigt der Stadt Thun bereits bekannte Stärken und Schwächen auf. Die erkennbare Tendenz in der effektiven Fragenbeantwortung ist wichtiger als das Rating und zieht in die richtige Richtung.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth, betont, dass die Stadt Thun sich nicht auf den Lorbeeren ausruht. Es wird diesbezüglich sehr viel gearbeitet und die Anliegen werden ernst genommen. Die Stadt Thun kann sich immer weiter verbessern. Das Thema Umwelt und Natur ist ein zentrales Thema der Stadt Thun. Der ERT hat eine Kommission für Mobilität und Verkehr angedacht. Es ist ein Gemeindeübergreifendes Thema und es besteht ein Bedürfnis, diese Fragen im ERT zu koordinieren. Zudem macht die Stadt Thun bei einem regionalen Mobilitätsmanagement mit.

28. Fragestunde

- F 02/2014 betreffend Kontrolle der MieterInnen von subventionierten Wohnungen Alice Kropf (SP) vom 18. März 2014; Beantwortung

- F 03/2014 betreffend Riesenrad auf dem Mühleplatz Fraktion der Mitte vom 25. März 2014; Beantwortung
- F 04/2014 betreffend Fristverlängerung Städte-Initiative Thun Fraktion Grüne vom 25. März 2014; Beantwortung

- F 05/2014 betreffend Regelung Strassenaktivitäten SVP-Fraktion vom 25. März 2014; Beantwortung

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger informiert über den Rückzug des Postulats betreffend Anhebung der Schwellenwerte im Vergabeverfahren der Stadt Thun, BDP-Fraktion vom 13. Februar 2014.

Die Stadtratspräsidentin Sandra Ryser verabschiedet Stadtrat Heinz Schürch (SVP), Stadträtin Suzanne Albrecht (Grüne) und Mauris Mauron (Chef Rechtsdienste der Stadt Thun).

Stadtrat Heinz Schürch (SVP) ist seit vier Jahren im Stadtrat. Er war Mitglied der SAKO Sicherheit sowie Stadtentwicklung und Mitglied der Schulkommission. Er hat sich mit Freude und viel Herzblut für die Stadt Thun eingesetzt. Das grosse Engagement hat der Stadtrat nicht nur in die Stadt sondern auch in seine eigene Firma gesteckt. Aus zeitlichen Gründen tritt Herr Schürch aus dem Stadtrat aus. Sie wünscht ihm

für die Zukunft im Beruf und Familie alles Gute, viel Erfolg und dankt ihm für die geleistete Arbeit im Stadtrat.

Stadträtin Suzanne Albrecht (Grüne) ist seit 6 Jahren im Stadtrat und Mitglied der SAKO Bau und Liegenschaften. Sie hat sich zuvor in der Kulturkommission und der Arbeitsgruppe für Gleichstellung engagiert. Stadträtin Albrecht war immer eine sehr pflichtbewusste, zuverlässige und stille Mitarbeiterin. Als Landschaftsarchitektin hat sie sich auch im Stadtrat für neue Gestaltungsideen eingesetzt und eine wesentliche Arbeit im Stadtrat geleistet. Sie wünscht ihr für die Zukunft alles Gute und viel Glück. Sie bedankt sich für die geleistete Arbeit.

Marius Mauron, langjähriger Chef Rechtsdienste der Stadt Thun, übergibt Ende März seine Aufgaben an Anne-Maire Jäggi und geht in Pension. Marius Mauron arbeitete vorerst als Jurist für die Stadtkanzlei Thun. Ab 1982 bis 1986 war er für die Sozialdienste als juristischer Sekretär von Mietamt, Arbeitsgericht und Vormundschaftskommission tätig und wechselte dann zurück in die Stadtkanzlei. Seit 1990 leitete er den zentralen städtischen Rechtsdienst. Marius Mauron hat während seiner Arbeit wichtige Geschäfte und Projekte an der Schnittstelle zwischen Recht und Politik aus juristischer Sicht leitend und begleitend betreut und dabei auch viele bleibende Spuren hinterlassen. So ist er z. B. der „Vater“ der seit 2002 geltenden Stadtverfassung, welche heute den rechtlichen Rahmen für Politik und Verwaltung bildet. Die Stadtratspräsidentin bedankt sich für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm für seine Zukunft viel Freude, Gesundheit und Wohlergehen.

Eingänge

- Postulat nachhaltige Quartierentwicklung auf dem Freistatt Areal; Fraktion Grüne, Fraktion SP, Fraktion der Mitte vom 27.3.2014

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser

Remo Berlinger